

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

7.10.1929 (No. 233)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Telefon
Nr. 933
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Stobentel Dritte. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Deutsches, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)
Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Reichszeit vom 25. September bis 2. Oktober war uneinheitlich und unübersichtlich. Während die Berichte mancher Arbeitsämter noch eine bemerkenswerte Stabilität des Arbeitsmarktes erkennen lassen, hat sich in anderen Bezirken, und zwar neuerdings hauptsächlich in badischen, ein erhebliches Nachlassen des Beschäftigungsstandes sowohl in den Außenberufen als auch in der Industrie gezeigt. Unter der Wirkung dieser sich gegenseitig aufhebenden Bewegungen erfährt die Gesamtlage noch keine sehr erhebliche Verschlechterung.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 2. Oktober folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung
36 744 Personen (27 966 Männer, 8 778 Frauen),
in der Heilunterstützung

8306 Personen (6280 Männer, 2026 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 718 oder 1,8 v. H. von 44 832 Personen (33 488 Männer, 10 839 Frauen) auf 45 050 Personen (34 246 Männer, 10 804 Frauen).

Davon kamen auf Württemberg 15 191 gegen 14 913, und auf Baden 29 859 gegen 29 419 am 25. Sept.

Im Gesamtgebiet des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 2. Oktober 1929 auf 1000 Einwohner 8,9 Hauptunterstützungsempfänger gegen 8,8 in der Vorwoche und 8,8 in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Im Baugewerbe war die Arbeitsmarktlage nur für Zimmerer ausgesprochen schlecht. Für die übrigen Bauhandwerker fanden sich meist noch Arbeitsmöglichkeiten; in einigen Bezirken allerdings ist schon ein merkliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit auch für Maurer zu verzeichnen. In den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge waren in der Reichszeit 2458 Mann als Volkshandwerker untergebracht. Die Industrie der Steine und Erden lag in diesem Jahre schon in einigen Gebieten über ein frühzeitiges Nachlassen der Beschäftigung der für das Baugewerbe arbeitenden Betriebe. Eine badische Zementfabrik hat ihren Betrieb stillgelegt und 120 Arbeiter entlassen. In einem anderen badischen Bezirk sind heuer bereits über 100 Arbeitslose aus der Steinindustrie vorhanden gegen 80 in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Im Verkehrsgewerbe hat sich die ungünstige Lage in der Schiffahrt und im Hafenbetrieb nicht gebessert. Der Arbeiterbedarf der Reichsbahn scheint etwas größer gewesen zu sein als in der Vorwoche.

Die Anforderungen der Landwirtschaft nach Hilfskräften zur Eindringung der Herbstfrüchte nahmen nur in wenigen Bezirken größeren Umfang an; im allgemeinen war der Bedarf gering. Für ländliche Betriebe war die Vermittlungstätigkeit der Ämter ziemlich reger, doch waren die angebotenen Stellen überwiegend erst zu Martini oder zum Jahreswechsel zu besetzen.

Der Rückstrom der Gastwirts- und Hotelangestellten aus den Sommerferien hielt an; reger war die Vermittlungstätigkeit nur für kurzfristige Beschäftigung bei örtlichen Veranstaltungen. In der Berufsgruppe „häusliche Dienste“ wird eine weitere Vermehrung der ungenügend ausgebildeten Mädchen berichtet; Alleinvertreterinnen mit guten Kenntnissen blieben sehr gesucht.

In der Metallindustrie drückten vor allem die Einschränkungen in der Automobilindustrie auf die Lage des Arbeitsmarktes. Insbesondere in Baden sind größere Entlassungen in einer Magnetspinnerei und in Maschinenfabriken vorgenommen worden. Die günstige Entwicklung der Gold- und Juwelenindustrie hat sich fortgesetzt. In der Gummi- und Silberwarenindustrie sind aber wieder Entlassungen von Silberbeschmiedern vorgenommen. Die Verflauung der Beschäftigung der chemischen Großindustrie führte in einigen Bezirken zu einer empfindlichen Verengung des Arbeitsmarktes. Eine Besserung der Lage ist in der Textilindustrie nur in den Strickereibetrieben zu verzeichnen. In der Papierindustrie hat ein Betrieb die vor einigen Wochen entlassenen 150 Arbeitskräfte wieder eingestellt. In der Lederindustrie waren Entlassungen von Geberearbeitern und Kurzarbeit in einer Kofferfabrik die bedeutendsten Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt. In der Holzindustrie hat die an sich schon schlechte Lage der Klavierindustrie eine weitere Verschlechterung erfahren. In der sehr ungenügend beschäftigten badischen Wäpferindustrie waren noch keine Anzeichen für eine Besserung vorhanden. Die Tabakindustrie hat ihren Beschäftigungsstand gehalten. Die schwache Belebung des Bekleidungsgebietes ist in den meisten Bezirken noch ausgeblieben. Die Beschäftigung der Schuhindustrie war beschränkt. In den Angestelltenberufen ist zum Quartalswechsel eine erhebliche Verschlechterung zu verzeichnen. Die Entlassungen überwiegen hier beträchtlich die Einstellungen.

Der Schweinebestand im Reich. Nach den im Statistischen Reichsamte zusammengestellten Ergebnissen betrug der Gesamtbestand an Schweinen bei der Schweinezählung am 1. September 1929 19,8 Mill. Stück gegen 16,8 Mill. am 1. Juni d. J. Die Vergrößerung des Schweinebestandes ist, soweit sie nicht auf saisonmäßigen Vergrößerungen beruht, eine Auswirkung der gebesserten Rentabilitätslage in der Schweinehaltung.

Letzte Nachrichten

Die Räumung

Die Rückkehr der Besatzungstruppen nach Frankreich
WTB. Paris, 7. Okt. (Tel.) Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der neuen Standorte, in die die zurückkehrenden bisherigen Besatzungstruppen geleitet werden und erklärt, daß diese Bestimmungen nunmehr offiziell sind.

Aufgezählt sind die neuen Garnisonen für 9 Infanterie-, 5 Kavallerie-, 1 Artillerieregiment und für ein Fliegerregiment. Bei diesen Truppenverschiebungen werden folgende Truppenteile aufgelöst: die 37. Division (bisher Mainz), die 47. Division (bisher Trier) und die 57. Division (bisher Landau), deren Stäbe zur Bildung von drei neuen Divisionen Anwendung finden, und zwar der 23. Division in Angoulême, der 13. Division in Besançon und der 12. Division in Châlons-sur-Marne.

Gemeindewahlen in Polen und Pommern

WTB. Warschau, 7. Okt. (Tel.) Die gestern in zahlreichen Städten Polens und Pommerns abgehaltenen Gemeindewahlen brachten den Nationaldemokraten einen starken Erfolg, während die Anhänger des Regierungslagers überaus schlecht abgeschnitten haben. In zahlreichen Städten ist es den Nationaldemokraten gelungen, die unbedingte Mehrheit zu erzwingen. Die deutschen Listen haben in einer Reihe von Städten gute Erfolge zu verzeichnen.

Gegen das Duell

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags sind kürzlich die Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten, die in einzelnen Punkten den Demokraten zu weit gingen, angenommen worden. Bemerkenswert ist vor allem die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, wonach mit der Bestrafung wegen Duellvergehens immer die Aberkennung der Amtsfähigkeit verbunden ist. Dagegen hatten sich auch die Demokraten ausgesprochen. Der Antrag würde aber mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen. Gleichfalls gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten wurden die Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, wonach die Mindeststrafe in dem Falle, daß der Zweikampf den Tod des Gegners zur Folge hat, zwei Jahre beträgt. Nach dem Regierungsentwurf sollte in diesem Falle die Strafe nicht unter einem Jahr betragen.

Mit derselben Mehrheit wurde die Abänderung des Besetzungswurfs angenommen, wonach die Herausforderung zum Duell oder die Annahme der Herausforderung mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft wird. Weiter wurde die im Entwurf vorgesehene Straffreiheit für Mitglieder des Ehrengerichts, für Zeugen und Sekundanten aufgehoben. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach nur „Kartellträger“, die ernstlich bemüht gewesen sind, den Zweikampf zu verhindern, und die zur ärztlichen Hilfeleistung zugezogenen Personen strafrei sind.

Der Paragraph, der die Ächtung der Duellverweigerer bestrafen soll, wurde in folgender Fassung angenommen: „Wer jemand dadurch, daß er ihm Verachtung zeigt oder androht, oder in ähnlicher Weise zu einem Zweikampf mit einem anderen anreizt, wird mit Gefängnis bestraft; ebenso wird bestraft, wer jemand Verachtung zeigt, weil dieser eine Herausforderung zum Zweikampf unterlassen oder nicht angenommen hat, oder wer zu bewirken versucht, daß ihm andere aus diesem Grunde Verachtung zeigen.“ Nach dem Regierungsentwurf sollte nur die öffentliche Verachtung bestraft werden.

Der Reichsinnenminister mahnt die Städte zur Sparsamkeit

Auf einem Eisen, das die Stadt Magdeburg aus Anlaß der Eröffnung der Magdeburger Sportausstellung gab, ergriff Reichsinnenminister Severing das Wort und sagte u. a.:

Der Herr Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen, und ich stimme ihm durchaus bei, daß Ausstellungen, die nicht aus dem Bedürfnis der Zeit heraus entstanden sind, und nicht auf diesem Bedürfnis fundiert werden, in den nächsten zehn Jahren in Deutschland nicht durchgeführt werden sollten. Ich glaube, man muß noch weiter gehen: Nicht nur mit Ausstellungen, sondern auch mit anderen Veranstaltungen, mit der Errichtung von Bauten, die nicht immer der Notwendigkeit und nicht einem dringenden Bedürfnis entsprechen, haben die deutschen Städte in den letzten zehn Jahren manchmal einen Wettstreit an den Tag gelegt, der an sich zu begrüßen wäre, der aber manchmal das richtige Augenmaß für die Leistungsfähigkeit der Städte nicht erkennen ließ. Derjenige Oberbürgermeister ist mir lieber, der an einem praktischen Beispiel nachweist, wie man hunderttausend Reichsmark sparen kann, als derjenige, der immer nur von der Notwendigkeit spricht, Millionen zu ersparen. Wir müssen in der Tat überall auf jedem Gebiet in den nächsten Jahren alleräußerste Sparsamkeit walten lassen, wenn wir nicht unser Gemeinwesen in die größte Unordnung bringen wollen, oder, um es auf eine andere Formel zu bringen, wenn wir nicht wirklich notwendige kulturelle und soziale Aufgaben der Selbstverwaltung verkümmern lassen wollen.

Der Wäpferflug im Weißtrockenflug wurde von den beiden französischen Fliegern Costes und Bellonte geschlagen. Sie landeten nach einem Flug durch Sibirien in der Wandschurui. Ihre Flugstrecke beträgt 7840 Kilometer.

Stresemanns Beisetzung

Die Trauerfeier in Berlin

Die sterbliche Hülle des Reichsaußenministers Dr. Stresemann wurde Sonntag mittag in Berlin zu Grabe getragen. Wie allgemein die Trauer über den Tod dieses großen deutschen Staatsmannes ist, das bewies die gewaltige Beteiligung der Bevölkerung. Um 11 Uhr war

die Trauerfeier im Reichstag

angekehrt.

Der große Plenarsaal zeugte in seiner gesamten dekorativen Aufmachung von tiefer Trauer, vor dem Saal häufte sich eine überaus große Menge von Kränzen, unter denen man auch einen solchen des Völkerverbands bemerkte. In der Diplomatengalerie bemerkte man u. a. den französischen Botschafter in Berlin, de Margerie, im übrigen war das Korps vollständig erschienen. Kurz vor 11 Uhr trat der Reichspräsident mit Frau Dr. Stresemann und den beiden Söhnen des Verstorbenen ein, unter seinem Gefolge bemerkte man auch Hofprediger Reßler aus Dresden.

Eine Beethovenische Trauerweise leitete die Trauerfeier der Reichsregierung ein, auf die sodann gleich

die Ansprache

des Reichskanzlers Hermann Müller

folgte. Der Kanzler ging ausführlich auf die Verdienste des Dahingeschiedenen ein, der für sich keine Schonung gelanzt habe, obwohl er seit langem einer solchen nur allzusehr bedürftig hätte. Nach dem verlorenen Kriege habe sich der Verstorbenen nur mit dem Wiederaufbau des Reiches und dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes besetzt. Gewiß habe er gern an das im Weltkrieg verfunken Kaiserreich zurückgedacht, dessen Sonne über seiner Jugend und über der Zeit seines ersten politischen Aufstiegs gelehrt habe. Als er aber mit seinem klaren politischen Sinn erkannt hatte, daß nach der Staatsumwälzung nur auf Grund der Weimarer Verfassung praktische Arbeit für das deutsche Volk geleistet werden konnte, habe er es als seine neue Lebensaufgabe betrachtet, entschlossen im neuen Staate positiv mitzuarbeiten.

Die schwerste Zeit für Deutschland sei es gewesen, als Dr. Stresemann entscheidend in die Geschichte Deutschlands eingriff. Es war eine Zeit, zu der das Auseinanderfallen des Reiches drohte. Heute sei Deutschland wieder ein angesehener Staat im Kreise der Völker, als Großmacht anerkannt, wenn ihm auch nicht die gleiche bewaffnete Macht zu Gebote stehe. Wir wollen nicht, so meinte der Kanzler weiter, die schweren Wunden verkennen, die auch heute noch tiefstimmig vorhanden seien. Aber in den sechs Jahren seines Wirkens habe Stresemann Deutschland ein gutes Stück vorwärtsgebracht. Seine Politik sei klar und einfach gewesen. Er habe es erkannt, daß nur auf dem Wege der Verständigung und des Friedens der Ausgleich mit den ehemaligen Gegnern herbeiführbar war.

In diesem Sinne führte Stresemann die Konferenz von Locarno herbei, hierauf folgte der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund, und das Ansehen des Landes nahm wieder größere Formen an. Nebenher lastete auf Europa die Frage der Reparationen, die Deutschland auferlegt waren. Auch auf diesem Gebiete habe der Verstorbenen weitmöglichst mitgearbeitet. Es sei eine Tragik seines Lebens, daß er die endgültigen Stunden der deutschen Freiheit am Rhein nicht mehr miterleben konnte. Zu all diesen Arbeiten trat noch sein Wirken als Parteiführer hinzu. Dr. Stresemann setzte sich für das Heranziehen aller wertvollen Kräfte zum neuen Staat ein.

Die Trauer gelte aber, so führte der Kanzler weiter aus, nicht nur dem großen Staatsmann und Führer, sie gelte auch dem Menschen Stresemann, der, aus kleinen Verhältnissen stammend, seinen Fähigkeiten und seiner unermüdbaren Arbeit zu verdanken hat, was er geworden ist. Wir nehmen Abschied von ihm mit der Gewißheit, daß sein Gedächtnis in aller Zukunft fortleben wird. Er wird mit als Baumstamm an dem Wiederaufbau Deutschlands der Geschichte angehören.

Die Rede des Reichskanzlers wurde mit tiefer Bewegung vorgetragen und hinterließ sichtlich einen starken Eindruck.

Beethovenische Trauermusik beschloß den Festakt im Reichstag. Anschließend war eine

Trauerfeier vor dem Reichstagsgebäude

vorgesehen, zu welchem Zweck der Saal auf der großen Freitreppe niedergestellt wurde. Eine nicht zu zählende Menschenmenge hatte es sich nicht nehmen lassen, dem Verstorbenen den letzten Abschiedsgruß zu entbieten. Flugzeuge kreisten über dem Platz der Republik, der mit zehn Pylonen geschmückt, ebenfalls ein festliches Trauergewand angelegt hatte. Vor der großen Freitreppe wartete der mit sechs schwarzberhüllten Pferden bespannte Leichenwagen. Erst hier kam recht zur Geltung, wiewohl umfangreiche Kranzspenden eingegangen waren. Von der Gattin des Verstorbenen bemerkte man einen großen Kranz von Bergheimnütz.

Frau Dr. Stresemann wurde durch v. Kardorff, dem Vizepräsidenten des Reichstags, ins Freie geleitet, der dann auch auf dem Platz der Republik in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Reichstages die Trauerrede hielt. Auch er bewaunert, daß es Dr. Stresemann nicht mehr vergönnt gewesen sei, die ebenfalls freigelegten Freitreppe im Juni nächsten Jahres mitzuerleben. Von dem Verstorbenen könne man sagen, daß er die Grenze wohl geschritten habe, die Garben jedoch nicht mehr in die Scheuer bringen konnte. Der Verstorbenen sei geliebt und beglückwünscht worden, aber er habe auch seine Gegner gehabt. Diese Gegnerschaft müsse man begreifen, und sie liege begründet in der Lage Deutschlands.

Dann setzte sich der Trauerzug

in Bewegung, durchfuhr das Brandenburger Tor, ein kurzes Stück über die Straße Unter den Linden in die Wilhelmstraße einbiegend. Vor dem Auswärtigen Amt hielt der Wagen unmittelbar unter dem Arbeitszimmer des Reichsaußenministers, dessen Fenster geöffnet waren. Reichspräsident von Hindenburg, der bis hierher dem Zuge an erster Stelle gefolgt war, verabschiedete sich von seinem ehemaligen Minister, und bald darauf setzte sich der Zug wieder in Bewegung, um nach dem Luisenstädtischen Friedhof zur Beisetzung zu führen.

Aberall hatte eine große Menschenmenge Aufstellung genommen, um dem Dahingegangenen auf seiner letzten Fahrt das Ehrengelicht zu geben. Auf dem Friedhof hielt Oberhofprediger Kehler aus Dresden eine warmempfundene Rede. Unter den Klängen des Deutschlandliedes wurde der Sarg in das Grab gesenkt. Damit hatte die schlichte, durch den Sonnenschein eines warmen Oktobertages vergoldete Feier ihr Ende gefunden.

Trauerfeier der Deutschen Volkspartei

Sonntagabend veranstaltete die Deutsche Volkspartei im Plenarsaal des Reichstags eine Trauerfeier, bei der der Ehrenvorsitzende der Partei, Kahl, sprach.

Er zeichnete Stresemanns politisches Werk von seinen Anfängen in den Tagen des früheren Parteivorstehenden Baffermann an und schilderte mit dramatischer Lebendigkeit, wie Stresemann im Jahre 1923 nach einer überwältigenden Reichstagsrede die Kanzlerschaft antrat. Wie er dann, von dem Grundsatze geleitet, daß seine Partei, die Partei der Reichsgründung, auch die Partei der Reichserhaltung sein müsse, seine Arbeit vollendete bis zur Konferenz im Haag, bis zur Befreiung Deutschlands von fremder Besatzung. Der Mitarbeit am dem neuen Reich zuliebe hat er, von dem Gedanken der Volksgemeinschaft getragen, die Politik der Verständigung und Versöhnung für Deutschlands Größe und Befreiung betreten, indem er den nationalen Gedanken mit dem internationalen verband. So hat auch im Sinne Stresemanns der Reichsausschuß der Partei in den letzten Lebensjahren des Führers das Volksbegehren gegen den Youngplan abgelehnt.

Die Ausstellung Wirtschaftliche Fertigung in Karlsruhe Der Eröffnungssatz

In der Landesgewerbehalle in Karlsruhe wurde am Samstagmorgen die betriebstechnische Sonderausstellung „Wirtschaftliche Fertigung“ eröffnet, über deren Zweck und Inhalt wir schon kurz berichtet haben. Sie legt bereites Zeugnis ab von der unerschütterlichen Willenskraft unserer heimischen Industrie wie auch des Handwerks, sich lebensfähig und auf der Höhe zu erhalten. Anwesend waren u. a.: Als Vertreter des Ministeriums des Innern der Referent für das Landesgewerbeamt, Regierungsrat Müller, Regierungsrat Eberle vom Unterrichtsministerium, Prof. Kehler von der Technischen Hochschule, der Präsident der Reichsbahndirektion, Freiherr v. v. Hübner, die Direktoren der vier badischen Ausstellungen, ferner die Prominenten aus Industrie und Handwerk, zahlreiche Ingenieure usw.

Oberregierungsrat Bucerius, der Vorstand des Landesgewerbeamts, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Ausstellung dazu diene, weiteren Kreisen unserer Bevölkerung einen Einblick in das wirtschaftliche Denken und Schaffen der Industriebetriebe zu geben. Der Redner erinnerte an die Schwierigkeiten, die speziell für den Karlsruher Bezirk infolge der Grenzlandlage Badens in Kauf genommen werden mußten. Trotzdem lasse man sich aber den Glauben nicht nehmen, daß es gelingen wird, die Wirtschaft zur vollen Geltung zu führen. Man denke nur an die Leistungen der deutschen Metallindustrie. Ein Erfolg sei aber nur dann gewährleistet, wenn zwischen Ingenieuren und Facharbeiter ein verständnisvolles Zusammenwirken besteht. Das Wichtigste sei darum, die Heranbildung einer wissenschaftlich hochstehenden Ingenieurs- und eines ebenso tüchtigen Facharbeiters. Mit dem Hinweis, daß die Ausstellung keine Verkaufsmesse sei, sondern einen instruktiven und belehrenden Charakter trage, und mit dem Wunsch, daß aus ihr wertvolle Anregungen im Interesse einer glücklichen Zukunft unseres Volkes herausgehen mögen, erklärte der Redner die Ausstellung für eröffnet.

Namens der Technischen Hochschule und des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen entbot Prof. Dr. Kehler herzliche Glückwünsche für den Erfolg des Unternehmens. Er erwähnte den Nationalisierungsbegriff, der mit Amerikanismus nichts gemein habe.

Dann hielt Oberingenieur Mohr von den Vereinigten Eisenbahnsignalwerken, Bertl Bruchsal, einen Vortrag über: „Ingenieur und Wirtschaftliche Fertigung“. Er stellte in seinen Ausführungen den wichtigen Faktor „Mensch“ im Produktionsprozeß heraus und legte besonderes Gewicht auf das Studium der Arbeitspsychologie. Hierauf besprach er die Wege zur Wirtschaftlichkeit des Betriebs, um zum Schluß zu unterstreichen: „Was wir brauchen, sind Leistungen und Qualitäten.“

Dem Eröffnungssatz folgte ein Rundgang durch die wirklich lebenswerte Ausstellung.

Ausländer als Grundbesitzer in Deutschland

Bei der Statistik der Grundvermögensteuer bilden eine besondere Gruppe die beschränkt Steuerpflichtigen, d. h. diejenigen Grundbesitzer, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben. Ihre Zahlen gewähren einen Einblick in die Höhe der sog. „Übertreibung“ des Grundbesitzes.

Nach einer Zusammenstellung von Dr. Warber in den Berliner Wirtschaftsberichten überstieg im Jahre 1925 die Zahl dieser beschränkt Steuerpflichtigen im Verhältnis zur Zahl sämtlicher Steuerpflichtigen mit Grundvermögen 10 Proz. nur in Berlin und Wiesbaden, sie betrug 5 bis 10 Proz. in Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Karlsruhe und München. Da die von Ausländern angekauften Grundstücke meist hochwertige Wohnhäuser waren, ist der Anteil des Grundvermögens der beschränkt Steuerpflichtigen in den meisten Städten höher als ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Pflichtigen entsprechen würde. In Berlin und Wiesbaden gehörten den beschränkt Steuerpflichtigen nahezu 23 Proz. des Grundvermögens; ihnen gehörten 14 Proz. in München, 7 bis 10 Proz. in Altona, Dresden, Frankfurt a. M., 5 bis 7 Proz. in Breslau, Düsseldorf, Elberfeld, Kiel, Königsberg und Mannheim. Berlin ist somit nach Wiesbaden diejenige Großstadt, deren Grundvermögenüberfremdung 1925 verhältnismäßig am größten war. Der Wert des beschränkt Steuerpflichtigen gehörigen Grundvermögens in Berlin betrug nahezu 1 Milliarde Reichsmark.

Ein Brand, der heute, Montag, früh in einer Scheune in Walsdorf bei Bamberg ausbrach, hat sich in kurzer Zeit auf fünf Wohnhäuser und 22 Nebengebäude ausgebreitet und den ganzen Ortsteil in Schutt und Asche gelegt.

Zu Stresemanns Hinscheiden Eine Trauerversammlung der Deutschen Volkspartei in Karlsruhe

Die Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete Sonntagabend im Eintrachtshaus eine Trauerfeier für Stresemann, an der auch Innenminister Dr. Kemmele und Kultusminister Dr. Leers und zahlreiche andere, nicht der Partei angehörige Gäste teilnahmen. Auf der Bühne stand, von Palmen und Lorbeer umgeben, das schwarzumflossene Bild Stresemanns. Erste Musikvortrüge umrahmten die Gedächtnisrede des Landtagsabgeordneten, Oberregierungsrat Bauer.

Landtagsabgeordneter Oberregierungsrat Bauer

wies in seiner Gedächtnisrede einleitend darauf hin, daß in der. in heute um die Mittagsstunde, unter Teilnahme des ganzen Volkes und der gesamten zivilisierten Welt ein deutscher Mann zu Grabe getragen wurde, auf dessen Grabstein wir in Wahrheit die Worte setzen dürfen: „Patriae inserviendo consumor“. Im Dienste des Vaterlandes, ja, wir dürfen offen sagen, im Dienste des Weltfriedens hat Stresemann seine Lebenskraft verzehret. Es ist ihm — wie so vielen von uns — bitter schwer geworden, sich abzufinden mit dem Wandel der politischen Dinge in Deutschland. Um so mehr ehrt es ihn, daß er in fortgesetztem schweren Ringen mit sich selbst hineingewachsen ist in die Gedankenwelt und die Aufgaben der neuen Zeit. Aus diesem ethischen Ringen heraus ist er schließlich für zahllose Deutsche ein Vorbild geworden. „Das Alte ehren, für das Neue leben, an die Zukunft glauben“, das war die Mahnung, die er uns so oft als „Parteilührer“ gegeben hat. Und diese Gesinnung unjeres unergiebigen Führers soll uns heilig bleiben und uns anspornen, in seinem Sinne ein jeder an seinem Platz weiter zu arbeiten.

Stresemann und die Deutsche Volkspartei gehörten fest zusammen. Gewiß hat er auch oft mit seiner Partei und um den Weg, den er ging, kämpfen müssen. Aber er hatte, und das ist das Entscheidende, in seinem Amt als Außenminister immer auf die treue Gefolgschaft der Deutschen Volkspartei rechnen dürfen, die ihm auch dann folgte, wenn ihr daraus parteipolitisch keine Vorteile erwuchsen.

Aus eigener Kraft ist Stresemann ein Führer des Volkes geworden. Gesundheit und Vermögen hat er im Dienste des Vaterlandes geopfert. Das wurde auf dem Mannheimer Demokratischen Parteitag ausgesprochen. Es ist ein in Wahrheit tragisches Schicksal, daß der Lebensfaden dieses Mannes abriß, als sein Werk ganz gewiß nicht die Vollendung, aber doch durch die beginnende Befreiung des Rheinlandes seine kühnere Krönung erfahren hat.

Ein heißes deutsches Herz hat in Stresemann geschlagen. Wenn ihm aber von gegnerischer Seite oft vorgeworfen wurde, es fehle ihm ein Herz, er habe Furcht vor dem Ausland, so konnte er mit Recht auf den großen Lehrmeister Bismarck sich berufen und dessen Worte anführen:

„Was die Furcht vor dem Ausland betrifft, bestreite ich die Richtigkeit des Ausdrucks. Man kann Voricht Furcht, man kann Mut Leichtfertigkeit nennen. Der Mut nimmt m. G. diesen Charakter an, wenn man einer Regierung, die für das Schicksal eines großen Landes verantwortlich ist, zumutet, auch gegen die erdrückende Übermacht des eigenen Volkes zu den Waffen zu rufen. Das kann eine Regierung nicht. Das kann der einzelne, der entschlossen ist, seine Person daran zu setzen. Eine Regierung hat nicht das Recht, das Land, dessen Schicksal ihr anvertraut ist, gegen eine von Haus aus erdrückende Übermacht ohne Not ins Feld zu führen.“

Stresemann hat einmal, es war hier in Karlsruhe, im engeren Kreise der Partei, in einer der vielen kritischen Stunden, die er als Außenminister zu überwinden hatte, die Frage aufgeworfen, wie Bismarck sich in solcher Lage verhalten hätte. Und er hat diese Frage dahin beantwortet: „Gewiß wäre Bismarck der erste gewesen, der die Konsequenzen aus unserer heutigen außenpolitischen Lage gezogen — daß, wenn uns die Waffen fehlen, uns eine große nationale Einigkeit dasjenige an moralischer Kraft geben muß, was wir brauchen, um die Stimme eines 60-Millionen-Volkes gegen alle Vergeßlichkeit erschallen zu lassen.“

Diese nationale Einigkeit im Volk zu fördern, war sein vornehmstes Ziel. Wie ernst ihm dieses Ringen um die Volksgemeinschaft war, das hat er auf dem Kölner Reichsparteitag in überzeugenden, und ihn charakterisierenden Worten dargelegt.

„Ich möchte den vaterländischen Verbänden zurufen: Ihr geht Euer Bestes hinweg, wenn Ihr Euch hineinstellt in den Streit der Parteien, anstatt Euch hineinzustellen in die ganze deutsche Nation.“

Ich habe es stets mit bitterem Schmerz empfunden, daß es oft gerade alte Offiziere waren, denen ich mich auch heute noch in großer Achtung vor dem, was sie im Kriege geleistet und in erster Erinnerung an jene Zeit eng verbunden fühle, die Stresemann in seinem nationalen Willen nicht verstanden und in ungerechter Weise ihm die nationale Gesinnung abgespröchen haben. Ich möchte ihnen, meinen alten Kameraden, in dieser Stunde, da wir des Mannes gedenken, der im wahren Sinne wie ein Soldat auf dem Schlachtfeld für sein Vaterland sein Leben gelassen hat, noch einmal zurufen, was ich damals am Schluß eines Artikels ausgeführt habe:

„Gerade wir alten Soldaten sollten doch Verständnis dafür haben, daß gegenüber einer Welt von Waffen der Außenminister einen waffen- und wehrlosen Staates, wie wir es nun einmal sind, andere Wege gehen muß, als sie der Staatsmann eines waffenstarken Volkes gehen kann.“

Wenn ich nun zum Schluß frage, was Stresemanns letzte Mahnung gewesen wäre, wenn er noch einmal zu uns hätte sprechen können, so glaube ich, daß er, der so gerne in der Gedankenwelt unserer deutschen Dichter lebte und webte, uns auf das Wort des großen Herolds deutscher Vaterlandslieder, auf das Wort Emanuel Geibels, hinweisen würde. Und das Befernnis zu diesem Dichterverse soll in dieser Feierstunde unser ernstes Gelöbnis an unsern toten Führer sein:

Für alles, was Du bist und tannst,
Gebührt nächst Gott der erste Dank dem Vaterland.
Und was Du immer tust,
Gedenke, daß es seiner würdig sei.
Am stillen Herd, im Saal, in Wort und Lied,
In Lieb und Jörn, in jeglichem Gedanken, sei deutsch,
Bis Du dereinst dem Feinathoden,
Mit Deinem Staud die letzte Schuld bezahlst.

Annemieträge im Straßburger Generalrat abgelehnt. In der Sitzung des Generalrats Niederrhein in Straßburg wurden verschiedene Anträge der Autonomisten und der zur Republikanischen Volksvereinigung gehörenden Heritalen Generalratsmitglieder auf Annestierung der im Colmarer Autonomistenprozess Verurteilten, Schadloshaltung der Opfer der Aussonderungskommissionen und Durchführung einer weitgehenden Verwaltungsautonomie im Elsaß nach Stellung der Vorfrage durch den Präseften mit 17 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ machte am Sonntag seine fünfte Fahrt durch die Schweiz.

Der Demokratische Reichsparteitag in Mannheim

Am Samstag wurde u. a. ein Antrag über den Ausschluß von Kriegsdienstverweigerern zurückgezogen und ein weiterer Antrag, der die Kriegsdienstverweigerung beurteilt, gegen eine kleine Minderheit angenommen. Ebenso fand ein Antrag des Staatssekretärs a. D. Meyer Annahme, der auf den Fall Claret Bezug genommen und die energische Bekämpfung der Korruption verlangt hatte.

Zur Frage des Einheitsstaates wurde ein Antrag angenommen, wonach der Parteitag die Richtlinien zum Einheitsstaat bestätigt, die der im Auftrag des Hamburger Parteitages eingesetzte Ausschuß ausgearbeitet hat. Die Partei fordert, daß neben der Souveränität des Reichs keinerlei Souveränitätsmerkmale bei den Gliedstaaten verbleiben, und daß ferner die territoriale Gestaltung der Gliedstaaten grundsätzlich den Bedürfnissen der Gegenwart in Kultur, Wirtschaft und Verkehr entsprechend zu erfolgen hat.

Es folgte ein Vortrag von Dr. Stolper, Berlin. Er forderte in seinem Vortrag über die Wirtschaftslage u. a., daß die öffentliche Hand sich auf die Gebiete beschränke, auf denen es gälte, die Entstehung eines Privatmonopols zu verhindern. Soweit Wettbewerb mit der Privatwirtschaft nicht zu vermeiden sei, sei jede Betätigung der öffentlichen Unternehmungen zu vermeiden. Die Unternehmungen der öffentlichen Hand müßten in gleicher Weise wie die Privatunternehmer zur Besteuerung herangezogen werden, und dürften auch keinen Vorzug bei der Kreditgewährung erhalten.

Am Schluß der Sitzung des Demokratischen Parteitages wurde Minister a. D. Koch-Weser unter großem Beifall zum Parteivorstehenden wiedergewählt.

Sonntag vormittag legte eine Abordnung der Deutschen Demokratischen Partei am Denkmal der Freiheitskämpfer von 1848 einen Kranz nieder. Da Koch-Weser und Hellpach zur Trauerfeier für Dr. Stresemann nach Berlin gefahren sind, fanden die Verhandlungen unter Leitung von Frau Dr. Bäumer statt. Zunächst nahm der Parteitag den Geschäftsbericht entgegen. Die Partei zählt gegenwärtig 118 928 Mitglieder mit 8264 Vertrauensleuten und 1223 Ortsgruppen. In dem Augenblick, wo die Trauerfeier in Berlin für Dr. Stresemann begann, unterbrach auch der Parteitag seine Verhandlungen zu einer kurzen Trauerunterbrechung. Frau Dr. Bäumer hielt eine Ansprache, die von der Versammlung stehend angehört wurde. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, daß der Parteitag künftig nur noch alle zwei Jahre stattfinden solle.

Badischer Teil

Gründung einer Verwaltungsakademie in Baden

Am Mittwoch, den 9. Oktober, wird in der Aula der Technischen Hochschule Karlsruhe die feierliche Gründung der Verwaltungsakademie Baden erfolgen. Dem Hauptauschuß gehören an der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Leers, der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Karlsruhe, Dr. Finter, und der Vorsitzende des Landesrats Baden des Deutschen Beamtenbundes, Wöringer. Bei der Gründungsfeier wird Universitätsprofessor Dr. Walter Zellined, Heidelberg, Oberstudienleiter der Verwaltungsakademie Baden über Zweck und Aufgaben der Verwaltungsakademien sprechen.

Die Hauptversammlung des Bundes deutscher Verkehrsvereine

Auf der öffentlichen Hauptversammlung des Bundes Deutscher Verkehrsvereine in Freiburg referierte am Samstag, wie bereits kurz gemeldet, Universitätsprofessor Dr. Wahlberg, Freiburg, über „Reparationszahlungen und internationaler Fremdenverkehr“. Die Leistungen der deutschen Fremdenindustrie für die ausländischen Reisenden seien wirtschaftlich daselbe wie der Export. Der Youngplan beseitige die Schwierigkeiten, die bisher die Reparationszahlungen zu stören geeignet waren.

Professor Dr. Glucksmann, Berlin, sprach sodann über „Die psychologische Grundlage des Fremdenverkehrs“. Jeder von Kurbedürftigen aufgesuchter Ort, müsse so geschaffen sein, daß er den persönlichen Bedürfnissen des Besuchers genüge. Schriftsteller Otto Ernst Sutter, Frankfurt a. M., referierte über „Städte und Fremdenverkehr“. Er zeigte an Hand praktischer Beispiele, wie Propaganda wirkungsvoll gestaltet werden kann, und wie sie belanglos ist.

Reichsverkehrsminister a. D. Dr. Krohne dankte in seinem Schlusswort den Referenten der beiden Tage und vor allem der Presse, deren Unterstützung die deutsche Verkehrspolitik nicht entraten könne.

Samstag nachmittag und am Sonntag fanden Besichtigungsfahrten durch die Stadt Freiburg und den Schwarzwald statt. Samstag nachmittag war im Europäischen Hof Empfang durch die Stadt, wobei Bürgermeister Dr. Döfner die Gäste begrüßte. Die GrüÙe Deutsches Österreichs überbrachte der Geh. Hofrat Dr. Nohn, Innsbruck.

Ein Pressebeleidigungsprozess in Mannheim

Der verantwortliche Schriftleiter der Mannheimer kommunistischen „Arbeiterzeitung“, Stefan Feymann, hatte sich wegen übler Nachrede und Beleidigung vor dem Schöffengericht zu verantworten. In der „Arbeiterzeitung“ war im Juli ein Artikel erschienen unter der Überschrift „Organisierung des Bürgerkriegs“. In diesem Artikel war dem Innenminister Dr. Kemmele vorgeworfen worden, auf seine Veranlassung hin seien den Gemeinden Gummitüppel „in beliebiger Anzahl“ angeboten worden. Im Laufe der Verhandlung wurde festgestellt, daß gerade das Gegenteil der Fall war, Polizisten von Landgemeinden hatten nämlich den Wunsch geäußert, daß sie mit Revolvern oder mit Gummitüppeln versehen werden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte 5 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Feymann zu vier Monaten Gefängnis.

Eine Erzberger-Gedächtniskapelle

Der Reichstagsabgeordnete Carl Dieß (Radolfzell) und der Präsident des badischen Landtages, Dr. Baumgartner, unterstützten einen von zahlreichen Zentrumsparlamentariern unterstützten Aufruf, in dem zur Sammlung eines Fonds aufgefördert wird, der zur Errichtung einer Erzberger-Gedächtniskapelle bestimmt sein soll. In dem Aufruf heißt es, daß ein vor Jahren gesammelter Fonds durch die Inflation zerstört sei und nunmehr neu gesammelt werden soll. „Eine Kapelle, „Regina pacis“, der Königin des Friedens geweiht, soll Zeugnis geben für diesen vorzüglichen Mann, dem Deutschland und insbesondere das katholische Volk, so viel zu verdanken hat. Am nächsten Todestage (26. August 1930) hoffen wir, den Grundstein legen zu können.“

